

**601 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVII. GP**

## Bericht des Verfassungsausschusses

**über die Regierungsvorlage (552 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Vertragsbedienstetengesetz 1948 (39. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle) und die Bundesforste-Dienstordnung 1986 geändert werden**

Der vorliegende Gesetzentwurf hat eine Novelle zum Vertragsbedienstetengesetz 1948 zum Gegenstand, durch die vor allem die Bezugsansätze der öffentlich Bediensteten entsprechend einem am 27. November 1987 abgeschlossenen Gehaltsabkommen ab 1. Juli 1988 erhöht werden sollen. Weiters ist eine Verlängerung der Eignungsausbildung von neun auf zwölf Monate vorgesehen, da sich die bisherige Dauer dieser Ausbildung im Ausmaß von neun Monaten aus arbeitsmarktpolitischer Sicht als etwas zu kurz erwiesen hat. Schließlich hat der Gesetzentwurf insbesondere eine Erhöhung der

Bezugsansätze nach der Bundesforste-Dienstordnung 1986 zum Gegenstand.

Der Verfassungsausschuß hat die Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 19. Mai 1988 in Verhandlung gezogen und nach Wortmeldungen der Abgeordneten Dipl.-Kfm. Bauer, Dr. Khol, Dr. Ermacora, Mag. Geyer, Dr. Ettmayer, Dipl.-Ing. Flicker und Dr. Fuhrmann sowie des Bundesministers Dr. Löschnak einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Annahme des Gesetzentwurfes zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Verfassungsausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (552 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1988 05 19

**Dr. Stippel**  
Berichterstatler

**Dr. Schranz**  
Obmann